

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 23, 14. November 2002

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7511 62 49
Blz: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Deutsche Zustände

Von Wolfgang Thierse

So erfreulich es ist, dass rechtsextreme Parteien bei der Bundestagswahl keinen Stich gemacht haben – wir dürfen uns nicht beruhigt zurücklehnen. Denn Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind Teil der Alltagskultur. Es ist die soziale Einbettung, in der rechtsextreme Aktivitäten bis hin zu Gewalttaten entstehen und gedeihen. Die soeben vorgestellte Studie „Deutsche Zustände“ bestätigt dies auf Besorgnis erregende Weise.

Der Staat muss mit Polizei und Justiz reagieren und zwar durchgreifend, eindeutig und schnell. Wenn es zehn Jahre dauert, bis Hauptstraftäter wie die von Rostock-Lichtenhagen verurteilt werden, muss das der ganzen Szene wie ein Sieg vorkommen. Rechte Schläger dürfen nicht denken, der Staat sei unwillig und feige oder stünde sogar auf ihrer Seite. Der andere Schwerpunkt liegt hier: Politische Bildung, Jugendsozial- und Jugendkulturarbeiten müssen ebenso gefördert werden wie demokratische Aktivitäten und Vereine gegen rechts. Deren Erfolge sind schwer messbar. Sie dürfen durch Geldmangel nicht gefährdet werden. Jedes Scheitern wäre eine Ermunterung für die rechte Szene.

Leider ist es so, dass mit dem Rechtsextremismus konjunkturell umgegangen wird. Wenn es schlimm genug ist, gibt es ein paar Tage Aufregung in den Medien, dann herrscht wieder Schweigen im Walde. Aber die Ursachen sind nicht beseitigt. Zwar ist das Problembewusstsein größer geworden, das Problem aber nicht geringer. Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass, autoritäre und antisemitische Einstellungen sind sogar Teile des Alltagsbewusstseins vieler Menschen geworden. Darin sehen junge Leute das Grundmuster für rechtsextreme Handlungen und Gewalttaten. Das ist die neue Gefahr, die wir erkennen und stärker beachten müssen.

Der Autor ist Präsident des Deutschen Bundestags

rechts

Ermittlungsspannen

Interne Vermerke von Staatsanwaltschaft und LKA Sachsen-Anhalt sind Rechtsextremisten in die Hände gefallen.

Seite 2 ■

Unerwünschte Person

Die Niederlande wollen einen per Haftbefehl gesuchten militanten Neonazi an Deutschland ausliefern.

Seite 3 ■

Rocker und Skinheads

Im Südwesten werden zunehmend Verflechtungen zwischen Bikern, Glatzen und Hooligans beobachtet.

Seite 4 ■

FPÖ im freien Fall

Österreichs Rechtspopulisten kämpfen erstmals aus der Defensive heraus – Jörg Haider will „Neugründung“ der Partei.

Seite 6 ■

Beachtliche Bilanz

Der Arbeitsschwerpunkt des seit 20 Jahren bestehenden Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin bleibt aktuell.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Pleiten und Pannen**

Interne Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft und des Landeskriminalamts Sachsen-Anhalt sind auf rechtsextremer Homepage veröffentlicht worden.

Die Auskunft aus dem Magdeburger Innenministerium ist ausgesprochen zurückhaltend: „Der Vermerk des Landeskriminalamts bezieht sich auf ein weiterhin schwebendes Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Halle gegen eine Vielzahl von Personen wegen des Verdachts des Vergehens gegen das Vereinsgesetz im Zusammenhang mit der Fortführung der verbotenen Blood&Honour-Bewegung“, teilte Minister Klaus Jeziorsky dem PDS-Landtagsabgeordneten Matthias Gärtner auf dessen Anfrage mit. „Da es sich im vorliegenden Fall um ein laufendes Verfahren handelt“, auch soweit die Veröffentlichung im Internet betroffen ist, „wird durch die Landesregierung keine weitere Stellungnahme abgegeben“. Unbeantwortet blieb damit die Frage Gärtners, wie es denn möglich sei, dass vertraulicher Schriftverkehr der Oberstaatsanwaltschaft Halle mit dem Generalbundesanwalt sowie ein interner Vermerk des Landeskriminalamts Sachsen-Anhalts als Faksimiles auf einer rechtsextremen Internetseite auftauchen konnten.

Als „sehr ärgerlichen Vorgang“ betrachtet ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Halle die ungewollte Publikation. Die Behörde habe Vorermittlungen eingeleitet und prüfe, ob ein strafbares Verhalten vorliege. Hintergrund der Turbulenzen ist ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Halle gegen insgesamt 38 Neonazis, die verdächtigt werden, die in Deutschland verbotene Organisation „Blood&Honour“ illegal weiter zu führen.

Unter den Tatverdächtigen ist auch der Brandenburger Rechtsextremist Sven Schneider. Schneider, der Betreiber des Versandhandels „Hate Sounds“ ist, hat sich auch der anderen Seite verschrieben. „Bei Sven Schneider ist zu vermerken, dass er sich aus der Konzertorganisation und sonstigen strafrechtlichen Aktivitäten zurückgezogen hat, seit er als Informant für das LKA Brandenburg geführt wird“, heißt es in einem Vermerk des Landeskriminalamts Sachsen-Anhalt, der auf so unerklärliche Weise auf eine rechtsextreme Homepage gelangte. „Weiter ist er in der Szene umstritten, da

er zu einigen Ermittlungsverfahren zur Sache ausgesagt und Szenemitglieder belastet hat“.

Da sowohl das brandenburgische Innenministerium als auch das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt die Möglichkeit undichter Stellen in den eigenen Behörden ausschließen, dürften Schriftwechsel und Vermerke durch Nachlässigkeit bei der Staatsanwaltschaft selbst ins rechte Netz geraten sein. Vermutlich sind die brisanten Papiere versehentlich aus einer Handakte in die Hauptakte des laufenden Ermittlungsverfahrens gelangt „und wurden dort während der regulären Akteneinsicht des Anwalts eines oder mehrerer Verdächtiger entdeckt, der nichts Eiligeres zu tun hatte, als die Schriftstücke in Kopie weiterzugeben. Anders können sie kaum ins Internet gelangt sein“.

Brisanz gewinnt die rechtsextreme Internet-Veröffentlichung mit dem Outing gleich dreier V-Leute von Verfassungsschutz- oder Landeskriminalämtern dadurch, dass zumindest einer der V-Männer, nämlich Toni Stadler, erheblich an szenetypischen Straftaten rechtsextremer Kreise beteiligt gewesen sein soll. Das Berliner Landgericht hat Stadler am 11. November zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt. Stadler, vom brandenburgischen Verfassungsschutz als V-Mann geführt, ist Ende Juli in Berlin bei einer Razzia gegen die Neonazi-Band „White Aryan Rebels“ festgenommen worden. Er soll maßgeblich an Herstellung und Vertrieb der „White Aryan Rebels“-CD „Noten des Hasses“ beteiligt gewesen sein.

Die Spitzel des Verfassungsschutzes, so beklagen sich die Autoren der Website, produzieren jetzt auch Bands der Skinhead-Szene. „Wir erinnern uns“, heißt es weiter (Schreibweise und Interpunktion folgen dem Original). „Mit dem Erscheinen der White Arian Rebels vor ca. 2 Jahren hallte ein Aufschrei durch die Medien, die Macher der Hasslieder müssten hinter Gitter forderte man. An dieser Forderung möchte man nun bitte auch festhalten und die zuständigen VSler einbuchen.“

Eine weitere Frage beantwortete Sachsen-Anhalts Innenminister Jeziorsky dem PDS-Abgeordneten Gärtner kurz und knapp: „Ja“, lautete die Entgegnung auf die Frage Gärtners, ob die Landesregierung ausschließen könne, dass in Sachsen-Anhalt V-Leute des Landeskriminalamts in der Neonaziszene aktiv sind, die selbst Straftaten begangen beziehungsweise bewusst zur Begehung von Straftaten aufrufen.

Eberhard Löblich

Aktivitäten

Grenzen der Toleranz

Das Gericht in Den Haag hat entschieden, den militanten Neonazi Michael Krick nach Deutschland auszuliefern.

Der in den Niederlanden lebende deutsche Neonazi fühlte sich vergleichsweise sicher: Ein Verbot von Kennzeichen gebe es in seiner neuen Heimat nicht, freute er sich unter dem Pseudonym „Intifada88“ in einem Internetforum der Szene. Zwar kenne auch das holländische Strafrecht so etwas wie den bundesdeutschen Volksverhetzungsgesetz. Doch Strafen würden nach dieser Bestimmung nur sehr selten verhängt. „Man ist in den NL halt ultratolerant“, zog er ein (fast) sorgenfreies Fazit: „Aus juristischer und steuerrechtlicher Sicht (als normaler Arbeiter) sind die NL wirklich besser als die ‚BRd‘.“

Viel spricht dafür, dass der Autor, der sich hinter dem Pseudonym „Intifada88“ verbarg, kein anderer war, als der bundesdeutsche Neonazi Michael Krick. Der allerdings scheint sich gründlich getäuscht zu haben mit der Vermutung, im westlichen Nachbarland der deutschen Justiz entgehen zu können: Der Hoge Raad, das höchste Gericht der Niederlande, entschied am 5. November in Den Haag, dass Krick in die Bundesrepublik ausgeliefert werden kann.

In seiner alten Heimat suchte die Polizei Krick mit zwei Haftbefehlen, weil er sich Anfang 2000 Gerichtsverhandlungen gegen ihn in Dortmund und Berlin-Tiergarten entzogen hatte. Der inzwischen 26-Jährige, früher eine der führenden Figuren der Sauerländer Aktionsfront (SAF) und wegen gefährlicher Körperverletzung, Bedrohung eines Polizisten, Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates sowie des Verwendens von Kennzeichen verbotener Organisationen bereits vorbestraft, musste ein neuerliches Urteil fürchten, nachdem er zuletzt bis Mitte 1999 eine 18-monatige Strafe abgesessen hatte. Seine Probleme in der Bundesrepublik verschärfte sich noch, als die deutsche Polizei die Hintermänner suchte, die dem seinerzeit wegen Mordversuchs gesuchten Neonazi Christoph Schulte bei dessen Flucht in die Niederlande geholfen hatten. Kurz nachdem seine Dortmunder Wohnung deswegen gefilzt worden war, verschwand Krick erst einmal von der Bildfläche.

Bei Demonstrationen oder anderen öffentlichen Veranstaltungen wurde er fortan nicht mehr gesehen. Statt dessen tauchte er als Redner einer nichtöffentlichen Veranstaltung der neonazistischen Nederlandse Volksunie (NVU) im Mai 2001 wieder auf. Ganz unverblümt empfahl Krick seinen Kameraden dabei – gefilmt von einem ZDF-Team – die baskische Terrorgruppe ETA als Vorbild. Ein weiteres Ermittlungsverfahren in Deutschland war die Folge. Und auch im Internet begann er sich zu tummeln, nach Informationen des „blick nach rechts“ zunächst unter dem Pseudonym „Dirlewanger“. Dabei war die Wahl des Namens alles andere als zufällig: Oskar Dirlewanger war ein SS-Oberführer, dessen Sturmbrigade für ihre Exzesse, ihre Grausamkeiten, Plünderungen und Ausschreitungen berüchtigt war. Internet-„Dirlewanger“ fiel durch seinen wüsten Antisemitismus, seine Elogen auf Rechtsterroristen und seinen Jubel über den Anschlag auf das World Trade Center auf.

„Dirlewanger“ verschwand später von der Internet-Bildfläche, dafür tauchte „Intifada88“ auf. Der Jarгон des Antisemitismus und das Plädoyer für terroristische Konzepte waren dieselben: „Die USA (besser gesagt die Itzigs) werden JEDEN bekämpfen, der sich ihnen in den Weg stellt... In der Situation, in der wir uns nunmal befinden, bleibt uns wohl nur noch der Widerstand mit allen Mitteln. Legalität ist ein Wunschdenken, das vor 20 Jahren evtl. noch machbar war. Es bleibt einem nur das Zellenprinzip (3 Mann-Gruppen) oder das des ‚lone wolf‘.“ Oder: „Ich denke, dass es derzeit nur über ‚Terror‘ geht – d.h. das System überall angreifen.“ Dabei würden „einzelne zivile Opfer nicht ins Gewicht“ fallen. „Der systemkonforme, legale Weg hat nichts gebracht. Ganz im Gegenteil, die Zerstörung unserer Grundlage (nicht nur des eigenen Volkes, sondern der gesamten Rasse) hat erschreckende Ausmaße angenommen... Daher sind ... ‚moralische Bedenken‘ fehl am Platze.“

Doch nicht solche, mutmaßlich von Krick formulierten Tiraden waren es, die für die Richter in Den Haag ausschlaggebend waren. Die Vergangenheit – und sein Aussehen – holten den deutschen Neonazi wieder ein. Dass er im Herbst 2000 offenbar CDs mit dem Titel „Die Deutschen kommen II“ verbreiten wollte und dass er auf seinem Hinterkopf als Tattoo einen SS-Totenkopf spazieren trug: Den niederländischen Richtern reichte das, um dem Auslieferungswunsch der deutschen Behörden zu entsprechen. Auch niederländische Toleranz hat ihre Grenzen.

Tomas Sager

Aktivitäten**Biker und Glatzen**

Im Südwesten kommen sich Skinheads, Motorradgangs und Hooligans näher.

Der Treffpunkt war nicht leicht zu finden: Am Parkplatz an der Autobahnabfahrt Hockenheim/Schwetzingen sollten sich die Besucher des Konzerts am frühen Abend dieses ersten Samstags im November einfinden. Von hier aus wurden die Skinheads von Kameraden zum eigentlichen Veranstaltungsort eskortiert: Ein Rockerclub im Mannheimer Hafen, das „Vereinslokal“ der „Banditos“.

Für die Ermittler ist das Konzert in Mannheim der letzte Beweis für eine Befürchtung, die sie schon länger hegen: Im Rhein-Neckar-Raum werden die Verflechtungen zwischen Skinheads, Rockern und Hooligans Besorgnis erregend eng. Rund 400 Rechtsextreme verfolgten in dem abgelegenen Gebäude der „Banditos“ den Auftritt von „Siegnum“ (Mannheim), „White Voice“ (Villingen-Schwenningen), „Propaganda“ (Horb) und „Stoneheads“ (Österreich). In einschlägigen Internet-Foren frohlocken die Rechten: „Der Ort ist super, da trauen sich die Bullen nicht hin“, schreibt eine Person unter dem Pseudonym „Thora88“. Und „Pfalz-froind88“ meint: „Ich fand's super, es gab keinen Streit, keine Bullen, nettes Konzert“. Tatsächlich hielt sich die Polizei zurück. Sie hatte auch kaum Möglichkeiten, denn für ein Verbot der Veranstaltung wäre die Stadtverwaltung zuständig gewesen.

„Eigentlich wollen Rocker Geschäfte mit Drogen und Prostitution machen, was das soll, ist rätselhaft!“, staunt ein Szenekenner über die enge Verbindung zwischen den Bikern und den Glatzen. Die „Banditos“ haben den Rechtsextremen nicht nur die Räumlichkeiten überlassen, sondern auch den Getränkeausschank übernommen. Bei 400 Skinheads dürfte die Kasse ganz schön gefüllt worden sein. Nur der Eintritt von 10 Euro pro Person ist an den Organisator des Konzerts gegangen, an den Ludwigshafener Neonazi Christian Hehl.

Die beiden NPD-Aktivisten Christian Hehl und Sascha Wagner haben in den vergangenen Monaten zwischen fünf und zehn Konzerte im Rhein-Neckar-Raum und der Pfalz organisiert. Inzwischen arbeiten die beiden professionell: In einer Kartei sind über 500 Handy-Nummern von Rech-

ten gespeichert. Jeder wird per SMS rechtzeitig über geplante Konzerte informiert. Wagner als ehemaliger Herausgeber des Fanzines „Neue Doitsche Welle“ und Hehl als früherer Skinhead-Shop-Betreiber sind schon über zehn Jahre in der rechten Szene und haben beste Kontakte zu Bands im In- und Ausland. Erst kürzlich fragte „Hehli“ in einem einschlägigen Forum: „Was für gute deutsche Bands spielen noch? Welche wünscht ihr euch?“ Er bekam fast 50 Antworten und kann nun das Programm für die nächsten Monate zusammenstellen.

Der 33-jährige Ludwigshafener hat wohl auch die Verbindungen zum Rockerclub „Banditos“ aufgenommen, denn kaum ein anderer Rechtsextremist in Süddeutschland hat so gute Beziehungen wie Hehl. Er gehört seit Jahren der berüchtigten Mannheimer Hooligan-Truppe „The Firm“ an. Bei Heimspielen des SV Waldhof hat er zwar Stadionverbot, aber bei den Auswärtsspielen steht er oft im Fanblock. Hehl marschiert bei fast jeder Demonstration mit seinem Megaphon vorne weg, mal an der Seite von Christian Worch, mal an der Seite von Friedhelm Busse. Mit rund 150 Kilo Gewicht hinterlässt er außerdem einen bleibenden Eindruck.

Das Konzert Anfang November war nicht die erste Kooperation zwischen Rechten und Rockern im Südwesten. Im August spielte bereits die Nazi-Hooligan-Band „Kategorie C“ in Pforzheim beim Motorradclub „Gremium“. Den Rechten hatte man die Veranstaltung zuvor zusätzlich mit einer „Strip Show“ schmackhaft gemacht. Allerdings maulten viele Skinheads später über die Organisatoren: 15 Euro Eintritt für eine Band seien zu viel, Getränke gab es nur über Bonkarten und Tische vor der Bühne hätten die Stimmung gedrückt. Doch immerhin wurden bei dem Konzert Rocker, Rechte und Hooligans zusammengeführt.

Für die Beteiligten könnte das Konzert im Mannheimer Rocker-Club noch ein Nachspiel haben. Denn die Band „Stoneheads“ spielte vor den rund 400 Besuchern auch indizierte Lieder der Berliner Kultband „Landser“ nach. Und die „Banditos“, die von der Stadt gerne eine Ausschanklizenz hätten, um in ihrer Bude offiziell den Zapfhahn aufdrehen zu können, haben bereits den Unmut der Lokalpolitiker auf sich gezogen. Möglicherweise war der Rockerclub auch nur eine Verlegenheitslösung. Denn im nahe gelegenen Elmstein hat die NPD einen Landgasthof angemietet. Nach einem Brand kann das Gebäude allerdings bis auf weiteres nicht für Konzerte genutzt werden. *Benny Bender*

Hintergrund

Feindbild USA

Deutsche Neonazis zeigen Solidarität mit Regimes wie dem Irak oder Nordkorea. Bei der NPD pflegt man auch Kontakte zu Islamisten.

Mit den Worten „Im Namen Gottes des Allergnädigsten, aller Barmherzigsten“ beginnt der „Offene Brief Saddam Husseins an das amerikanische Volk und die westlichen Völker und ihre Regierungen“. Es folgt eine Attacke gegen die USA, die „Millionen Menschen“ getötet hätten. Das Pamphlet samt Foto des Diktators erscheint auf der Homepage der Neonazi-Sekte Kampfbund Deutscher Sozialisten (DS), deren Gründer Michael Koth in Berlin als „Gausekretär“ residiert. Der KDS genießt bei der irakischen Botschaft, seit Juni in Zehlendorf angesiedelt, offenkundig einen guten Ruf. Die Neonazis werden von den Diplomaten empfangen, ein weiterer KDS-Anführer, Thomas Brehl, habe sogar eine persönliche Einladung bekommen, berichtet die Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“. Das Blatt zitiert aus dem Anschreiben: „Der Geschäftsträger der Botschaft Irak Shamil A. Mohammed und seine Frau Maisoun Mohammed geben sich die Ehre.“ Brehl selbst, langjähriger Aktivist der neonazistischen Szene, lobt Saddam: Das sei ein Mensch, der uns schon in einigem an unseren Führer Adolf Hitler erinnert, der dieser gewaltigen Übermacht Amerika trotzt“.

■ Lob für Saddam Hussein ■

Auch andere Neonazis sind in der Botschaft gern gesehen: „Nationalisten als Halle“ berichten im Internet, sie hätten im Juli persönlich „politische Solidarität“ bekundet. „Da weder Vertreter der Bundesregierung noch der Stadt Berlin anwesend waren, konnten wir die Rührung unserer irakischen Gastgeber feststellen, dass deutsche Menschen ihre Sympathie mit diesem von der Weltmacht USA geknechteten und verfolgten Volk bekunden“, freuen sich die Neonazis. Und loben das „hervorragende Essen unter den Klängen irakischer Volksmusik“.

Sicherheitsexperten verweisen auf die Tradition der braunen Irak-Connection. So dienten sich Neonazis 1990 der irakischen Botschaft als Söldner für

den bevorstehenden Golfkrieg an. Der Einsatz kam jedoch nicht zustande, angeblich aus finanziellen Gründen.

Rechtsextremisten flirteten auch mit dem Stalinistenregime Nordkoreas. Hier tat sich ebenfalls der „Kampfbund“ hervor, aber auch die NPD mischte mit. Im Sommer 1998 wurde eine Delegation des Parteivorstands in der diplomatischen Vertretung Nordkoreas in der Glinkastrasse in Berlin-Mitte empfangen. Unter den Nationaldemokraten befand sich der Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Hans Günter Eisenecker. Der Anwalt vertritt heute die NPD im Parteiverbotsverfahren – zusammen mit Horst Mahler, den es zu den Islamisten zieht.

Horst Mahler treibt vor allem der Judenhass. Im April 2001 wollte der einstige RAF-Terrorist bei einem Treffen von Holocaust-Leugnern in Beirut als Referent auftreten. Der „Kongress“ sollte in einem Viertel stattfinden, das die Islamistenmiliz „Hisbollah“ kontrolliert. Libanesische Intellektuelle protestierten bei der Regierung, die das Treffen schließlich verbot.

■ Verbindungen zu Al-Quaida-Leuten ■

Die Sicherheitsbehörden beobachten auch Kontakte der Berliner NPD-Zentrale zu dem rechtsextremen Schweizer Islamisten Ahmad Huber. Der äußerlich bieder erscheinende Mann trat bei NPD-Veranstaltungen auf und saß im Verwaltungsrat des internationalen Finanzdienstleisters „Al Taqwa“ („Gottesfurcht“). Nach Erkenntnissen amerikanischer Behörden gibt es Verbindungen zu Osama bin Laden. Huber selbst soll behauptet haben, er sei in Beirut mit Al-Quaida-Leuten zusammengekommen und habe sie als „sehr diskrete, hochintelligente Leute“ bezeichnet, berichten Schweizer Zeitungen. Das Büro der Antiterrorbehörde beim US-Außenministerium setzte im November vergangenen Jahres „Al Taqwa“ und Ahmad Huber auf eine Liste terrorverdächtiger Organisationen und Personen.

Kurz vor der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im Oktober 2001 schloss ein NPD-Sprecher nicht aus, Huber habe der Partei gespendet. Als dann die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ über mutmaßliche Kontakte Hubers zu Al Quaida berichtete, folgte ein Dementi der NPD-Zentrale: Der Schweizer habe keinesfalls Geld für den Wahlkampf überwiesen.

Frank Jansen

Ausland

Strahlkraft verloren

Österreichs Rechtspopulisten im Wahlkampfendspurt – Jörg Haider kündigt „Neugründung“ der Partei an.

Der Spitzenkandidat und Interims-Parteichef der FPÖ, Herbert Haupt, hatte für den so genannten „politischen Frühschoppen“ am 9. November in Linz eine „große Überraschung“ angekündigt. Doch es war kein neues Gesicht, das Haupt in der Endphase des Wahlkampfes den rund 2000 Parteifunktionären aus ganz Österreich präsentieren konnte, sondern ein altbekanntes: Jörg Haider hatte seine selbst gewählte Kärntner Quarantäne verlassen und trat erstmals wieder bei einer bundesweiten Wahlkampfveranstaltung der Partei auf.

In diesem Jahr hat der frühere langjährige Parteiführer, der die FPÖ innerhalb von 14 Jahren von 5 auf 27 Prozent und auf Platz 2 der österreichischen Parteienlandschaft gebracht hatte, schon mehrmals die Bundespolitik verlassen – und war dann wieder zurückgekehrt. Sein letzter Rückzug war im September, nachdem Konflikte innerhalb der FPÖ zum – angekündigten – Rücktritt der damaligen Parteichefin und Vizekanzerin Susanne Riess-Passer, Finanzminister Karl-Heinz Grassner und Fraktionschef Peter Westenthaler und damit zur Beendigung der schwarz-blauen Koalition durch Bundeskanzler Wolfgang Schüssel geführt hatten. Zuerst wollte Haider selbst Nachfolger seiner Nachfolgerin werden, doch dann zog er sich erneut zurück – und überließ den Parteivorsitz einem langjährigen Kärntner Weggefährten, Verkehrsminister Mathias Reichhold. Dieser versuchte einen Spagat zwischen öffentlicher Abgrenzung und innerparteilicher Treue zu Haider, was er aber nicht glaubwürdig vermitteln konnte. Nach nur 40 Tagen trat Reichhold zurück und machte Platz für einen anderen alten Kärntner Freund Haider, Sozialminister Herbert Haupt. Haupt verzichtete nach außen hin auf Distanz zu Haider – und setzte ihn auf die Kandidatenliste für die Nationalratswahl am 24. November. Allerdings betonte Haider, dass er bis 2004 Kärntner Landeshauptmann bleiben wolle.

Zwischendurch überraschte Jörg Haider Freund und Feind mit seiner dritten Irak-Reise im laufenden Jahr und seiner zweiten persönlichen Begegnung mit Saddam Hussein. Während ÖVP sowie

SPÖ und Grüne heftig gegen Haider's erneuten Bagdad-Besuch protestierten, rechtfertigte die neue FPÖ-Spitze das Treffen mit Saddam einerseits als Ankurbelung österreichischer Exporte (und damit Sicherung von Arbeitsplätzen in Österreich), andererseits als Beitrag zu einer friedlichen Lösung der internationalen Irak-Krise.

Kritik kam auch von Finanzminister Grassner, der trotz seines angekündigten Rücktritts im September sein Regierungsamt weiterhin ausübt. Haider reagierte scharf: Er warf Grassner vor, dieser wolle einen „Job in den USA“ und brauche „offenbar das Wohlwollen der Ostküste, der Finanzwelt und des Bankenbereichs im Ost-Establishment“. In dieser Aussage sah auch Peter Sichrovsky (der im September als FPÖ-Generalsekretär zurückgetreten war und wiederholt Haider-Kritikern „verlogene, heuchlerische Empfindlichkeit“ vorgeworfen hatte) „eine krasse Form des Antisemitismus“ sowie eine „Möllemann-Affäre in Österreich“. Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, Ariel Muzicant, erklärte, wer FPÖ wähle, müsse wissen, „dass er Antisemitismus und Rechtsextremismus wählt, und dafür gibt es keine Entschuldigung“.

Haider versucht in der letzten Phase des Wahlkampfes, einerseits mit seinen „traditionellen Themen“ (Ausländer, Asylmissbrauch und Sozialpopulismus) zu punkten, andererseits aber durch einen Rundumschlag gegen die ÖVP und die zurückgetretene FPÖ-Führung noch einmal das Ruder herumzureißen (die FPÖ liegt in den Meinungsumfragen bei nicht einmal mehr der Hälfte des Stimmenanteils vom Oktober 1999). Er wirft Bundeskanzler Schüssel vor, die Koalition mutwillig gebrochen zu haben und die FPÖ vernichten zu wollen, seine ehemals getreuen Mitstreiter beschuldigt er, die FPÖ in einer schwierigen Situation im Stich gelassen, sein Lebenswerk ruiniert und sich persönlich bereichert zu haben.

Haider weiß genau, dass es auch ihm nicht mehr gelingen kann, an die früheren FPÖ-Wahlerfolge anschließen zu können. Deshalb hat er auch nicht die formelle Führung der Partei übernommen, sondern kandidiert nur auf Platz 15 der Bundesliste. Außerdem kämpft er bei dieser Wahl erstmals aus der Defensive heraus – und hat auch bei seiner früheren Klientel viel an Strahlkraft verloren. Für den (wahrscheinlichen) Fall, dass die FPÖ unter 15 Prozent bleibt, hat Interims-Chef Haupt den Gang in die Opposition und Haider selbst die „Neugründung“ der Partei angekündigt. *Adalbert Krims*

Am Rande**Freiheit der Kunst**

Auftritt eines rechtslastigen Punk-Sängers aus Russland sorgt in der alternativen Berliner Kulturszene für Streit.

Das Kaffee Burger gehörte bisher zu den angesagten Berliner Kulturstätten, wo die Beschäftigten der New Ökonomie Zerstreuung suchen. Einen politferneren Raum kann man sich eigentlich kaum vorstellen. Doch seit einigen Wochen hat sich das geändert. Schuld daran ist der nur in Insiderkreisen bekannte Jegor Letow. Der Künstler ist Sänger einer sibirischen Punkband mit dem unaussprechlichen Namen „Graschdanskaja Oborona“, was auf Deutsch Zivilverteidigung heißt.

Die Betreiber des Kaffee Burger waren zunächst besonders stolz, dass vor einigen Monaten Letow in ihrem Etablissement einen Soloauftritt absolvierte. Schließlich ist es in der letzten Zeit häufiger vorgekommen, dass lange geplante Gigs mit Letow und seiner Band in letzter Minute abgesagt werden mussten. So platzte am 31. Juli kurzfristig ein Auftritt der Band in Berlins berühmtester Kulturbau- und Tacheles in Berlin-Mitte. Der „Welt“-Journalist Oliver Heilwagen hatte unter dem Titel „Böse Onkel Wanjas: Russlands faschistische Punks“ darauf aufmerksam gemacht, dass die Band nicht nur mit ihrer für manche gewöhnungsbedürftigen Musik für Schlagzeilen sorgte. Besonders Jegor Letow hatte sich in den 90er Jahren in Russland als rechter Ideologe einen Namen gemacht. Er hatte 1993 das „Manifest für eine revolutionäre Opposition“ des rechtsextremen Schriftstellers Eduard Limonow unterzeichnet. Kurz danach gehörte Letow zusammen mit Limonow und Dugin zu den Gründungsmitgliedern der Nationalbolschewistischen Partei Russlands. Das rechte Gründungstrio der NBP ist mittlerweile unterschiedliche Wege gegangen. Während Limonow wegen seiner rechten Aktivitäten zur Zeit eine Haftstrafe verbüßt, avancierte Dugin mittlerweile zum Berater der russischen Duma mit guten Kontakten zum Regierungslager von Präsident Putin.

Letow und seine Band bewegen sich weiterhin im subkulturellen Dunstkreis. Wie eng ihre Popularität mit dem Anwachsen nationalrevolutionärer Bestrebungen zusammen fiel, zeigt ein in der Wochenzeitung „Jungle World“ veröffentlichtes Dos-

sier über die aktuelle Entwicklung des Nationalbolschewismus auf: „Seit 1994 wurde um die NBP eine jugendliche nationalistische Gegenkultur entwickelt.... Um die populärste sowjetisch-russische Punkband Graschdanskaja Oborona entwickelte sich eine breite nationalistische Punkszene, viele populäre russische Rockbands demonstrierten ihre Nähe zu der neuen Strömung, und auch international bekannte Künstler wie der Underground-Musiker Sergej Kurjochin gaben ihren Eintritt in die NBP bekannt“.

■ **Kampf dem „amerikanisch-europäischen Zivilisationsschund“** ■

Jegor Letows politische Statements, die der Publizist und Lesebühnen-Autor Markus M. Liske nach dessen Auftritt im Kaffee Burger in der Tageszeitung „junge Welt“ veröffentlichte und damit die Diskussion ins Rollen brachte, ließen an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig. So forderte Letow in Interviews den „notfalls bewaffneten“ Kampf gegen den „amerikanisch-europäischen Zivilisationsschund“, der Russland überschwemme. Er rief auch dazu auf, schwule und lesbische Mitbürgerinnen und -bürger „gleich ins Gefängnis zu schicken, weil diese absurde Vorliebe den Traditionen unseres Volkes total fremd ist“. Ganz im Stil der Nationalbolschewisten schwadronierte Letow von den verpassten Chancen, weil der Hitler-Stalin-Pakt nicht lange gehalten hat: „Man hätte sich vereinigen müssen und gemeinsam gegen den Westen ziehen. Denn es waren zwei Kulturen, soziale Formationen, die absolut richtig waren. ... Man hätte natürlich ganz Europa erobern müssen und Schluss!“ Laut Liske waren diese Erklärungen noch kürzlich auf Letows Homepage www.grob-records.go.ru in russischer Sprache zu finden.

Doch nach diesen Veröffentlichungen waren die Letow-Kritiker Liske und der Kabarettist Dr. Seltsam in der schicken Berliner Subkultur heftigen Angriffen ausgesetzt. Eine Debatte am 11. Oktober im Haus der Demokratie, auf der die Kontrahenten aufeinander stießen, drohte zeitweilig im Chaos zu enden. Schon zuvor hatte Bert Papenfuss, eine Legende im subkulturellen Künstlermilieu des Berliner Stadtteils Prenzlauer Berg, in einer Antwort auf Liske Letows politische Statements im Kern bestätigt. Es handele es bei ihm um einen „widersprüchlichen Künstler“. Deshalb solle man „hier keinen anarcho-anarchistischen Eiertanz auf-führen“.

Peter Nowak

Demokratische Initiativen

Notwendiger Nachruf

Der Politikwissenschaftler Everhard Holtmann analysiert das Wirken der DVU im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Dieser Wahlsonntag am 26. April 1998 endete mit einem politischen Paukenschlag. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hatte die erstmals angetretene rechtsextreme Deutsche Volksunion nach einem weitgehend als anonyme Materialschlacht geführten Wahlkampf 12,9 Prozent der Wählerstimmen errungen und konnte mit 16 Abgeordneten in den Magdeburger Landtag einziehen. Weltweit sorgte dieses Ereignis für Aufmerksamkeit und für Schlagzeilen. Der Abschied der Rechtsextremen von der parlamentarischen Bühne vier Jahre später verlief dagegen ausgesprochen unspektakulär. Die DVU selbst trat wegen finanzieller und personeller Auszehrung gar nicht mehr zur Wahl an, ihre Abspaltung, die ebenfalls rechtsextreme Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) konnte nicht einmal genug Wählerstimmen auf sich vereinigen, dass es zu einer Wahlkampfkostenerstattung aus der Staatskasse gereicht hätte.

„Eine Studie wie die folgende erscheint vor diesem Hintergrund wie ein politischer Nachruf“, räumt Professor Everhard Holtmann, Lehrstuhlinhaber für Systemanalyse und vergleichende Politik am Institut für politische Wissenschaft der Martin Luther-Universität Halle Wittenberg, ein. „Die angepassten Provokateure“ nennt Holtmann seine Studie zum parlamentarischen Wirken der DVU und ihrer Abspaltung FDVP. Und insgesamt legt er damit eine Studie vor, die nicht dadurch ihre Bedeutung verliert, weil das Sujet ihrer Betrachtungen nicht mehr im Magdeburger Landtag vorhanden ist. Die Bedeutung seiner Studie schmälert Holtmann vielmehr selbst, und das teils aus objektiv kaum veränderbaren Gründen, teils aber durch Ursachen, die er selbst zu steuern in der Hand hatte. So stellt er seiner Analyse der Parlamentsarbeit vom rechten Rand eine Studie zur Wählerschaft der DVU voran, die er bereits 1999 veröffentlicht hat und die überflüssiger Weise mehr als ein Viertel des zur Verfügung stehenden Platzes in der jetzt vorgelegten Veröffentlichung in Anspruch nimmt. Wer sich ernsthaft mit dem Thema des Rechtsextremismus im bundesdeutschen Parlamentarismus beschäftigt, dürfte die Wählerstudie Holtmanns oder ähnliche

Untersuchungen im Archiv haben und muss sie nicht in dieser Form noch einmal vorfinden.

Andere Defizite seiner Studie konnte Holtmann aus objektiven Gründen der Wissenschaftssystematik nicht verhindern. Er musste sich auf das erste Jahr des parlamentarischen Wirkens der DVU konzentrieren, wollte er seine Untersuchung, so wie es es schließlich auch tut, zeitnah publizieren und auf eine ebenso breite wie differenzierte Datenmenge aufbauen. Womit wiederum bedingt ist, dass Holtmann die interessanteste Periode rechtsextremen Handelns im Magdeburger Landtag nur unzureichend beleuchten konnte: Die Emanzipation eines Teils der Fraktion unter der Vorsitzenden Claudia Wiechmann von der scheinbar übermächtigen DVU-Parteizentrale in München, die Spaltung der Fraktion sowie die Gründung der FDVP.

Genau darin aber liegt ein Manko der Studie begründet, denn im Gegensatz zu den als Rest-DVU-Fraktion verbliebenen Getreuen von Parteichef Gerhard Frey hatten die Fraktionsrebellin Claudia Wiechmann durchaus so etwas wie politisch-gestalterischen Anspruch. Holtmann konzentriert seine Untersuchungen aber auf einen Zeitraum, innerhalb dessen von den DVU-Abgeordneten in Landtagsdebatten fast ausschließlich in der Münchner DVU-Zentrale vorgefertigte Manuskripte vorgelesen wurden, mit deren inhaltlicher Erfassung sie zudem häufig hörbar überfordert waren.

■ Die Logik der Selbstzerstörung ■

Anhand der Sitzungsprotokolle von vier Landtagsausschüssen weist Holtmann zudem nach, dass es den DVU-Abgeordneten zumindest vor der Spaltung der Fraktion weitgehend um die Nutzung des Plenums als öffentliches Podium ging, um dort als verbalradikales Sprachrohr den Protest des vermeintlichen Volksempfindens und der kleinen Leute vorzutragen, als um politisch-parlamentarische Sacharbeit. Die Sitzungen der Ausschüsse, in denen der Löwenanteil der parlamentarischen Arbeit vollbracht wird, begleiteten die DVU-Mitglieder in den allermeisten Fällen nur als stumme Beobachter, wenn sie überhaupt anwesend waren. Selbst bei der Behandlung von Anträgen der eigenen Fraktion in den Ausschüssen meldeten sich die DVU-Parlamentarier in den Ausschüssen selten bis nie zu Wort. Das Plenum, so stellt Holtmann schließlich fest, wird als Bühne für Protest und Provokation missbraucht, der eigentlichen politisch-parlamente-

tarischen Arbeit verweigern sich die meisten Abgeordneten, die 1998 für die DVU in den Landtag eingezogen waren, weitgehend beharrlich.

„Eine Protestpartei, die sich lediglich über den negativen Sammlungsimpuls der Anti-Parteien-Partei formiert, trägt die Logik der Selbstzerstörung deshalb bereits in sich“, schlussfolgert Holtmann. „Dieser Hang zu politischer Selbstzerstörung wird, auch das zeigt das Beispiel der DVU, in dem Maße beschleunigt, wie in der konkreten parlamentarischen Arbeit das Dilemma jedweder Protestpartei zu Tage tritt: Weder als Sprachrohr reinen Protests noch als angepasste konventionelle Parlamentsarbeit kann sie sich auf Dauer behaupten.“ So scheint das Scheitern einer nationalistisch-populistisch ausgerichteten Protestpartei wie der DVU im parlamentarischen Raum der Bundesrepublik noch auf längere Zeit programmiert.

Ein Grund zum Aufatmen ist das aber noch lange nicht: „Mit dem Abtreten der rechtsextremen DVU von der regionalen parlamentarischen Bildfläche ist nicht auch das in der Bevölkerung nicht nur dieses Bundeslandes vorhandene Protestpotenzial nachhaltig verschwunden“, warnt Holtmann bereits in der Einführung zu seiner Studie. „Zum anderen muss, wie der kometenhafte Aufstieg der Partei Rechtsstaatlicher Offensive (Schill-Partei) in die gewählte Bürgerschaft und den Senat der Hansestadt Hamburg jüngst gezeigt hat, mit Protestparteien in wechselnder Gestalt im bundesdeutschen Parteiensystem auch künftig gerechnet werden.“

Eberhard Löblich

Everhard Holtmann, Die angepassten Provokateure. Aufstieg und Niedergang der rechtsextremen DVU als Protestpartei im polarisierten Parteiensystem Sachsen-Anhalts. Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt. Magdeburg 2002, 184 S., kostenlos.

Hinweis

Berlin – „Fremdenfeindlichkeit bekämpfen und Demokratiefähigkeit stärken“ lautet das Thema eines internationalen Kolloquiums, das vom 5. bis 7. Dezember im Berliner Abgeordnetenhaus stattfindet. Veranstalter ist das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld mit Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, Berlin.“

Informationen: Universität Bielefeld, Postfach 100131, 33501 Bielefeld, Tel. 0521/106-3165, Fax –/106-6415, E-Mail: ikg@uni-bielefeld.de; <http://www.uni-bielefeld.de/ikg>.

Demokratische Initiativen

Vergiftetes Klima

Starke Vorurteile gegen Minderheiten

Als „aufschreckend und ernüchternd“ bewertet Bundestagspräsident Wolfgang Thierse die Daten, die wenige Wochen nach der Bundestagswahl unter dem Titel „Deutsche Zustände“ veröffentlicht werden. Der Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, Wilhelm Heitmeyer, stellte am 7. November in Berlin eine repräsentativ erhobene Untersuchung über das Ausmaß und die Ursachen menschenfeindlicher Mentalitäten und Verhaltensweisen vor. Es gehe „um die Frage, wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft in dieser Gesellschaft leben, Anerkennung erfahren oder mit feindseligen Mentalitäten“ – so genannter „Menschenfeindlichkeit“ – konfrontiert sind, erklärte Heitmeyer. Sie beginne, wenn Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit als „ungleichwertig“ markiert würden. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit überdeckten als brutale Zuspitzungen das ganze Ausmaß von Ausgrenzung und Diskriminierung, so der Forscher. Die Ergebnisse der Studie sind alarmierend: 55 Prozent der Deutschen vertreten die Meinung, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gebe, 16 Prozent äußerten, dass die „Weißen zu recht führend in der Welt“ seien, 14 Prozent stuften manche Gruppen als „weniger wert“ ein, fast 52 Prozent unterstellten, dass Juden aus der Vergangenheit Vorteile ziehen wollten. Heitmeyer beziffert ein vorhandenes rechtspopulistisches Potenzial in Deutschland auf rund 20 Prozent, das für die Schaffung „sauberer Verhältnisse“ für „Law-and-order“, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus anfällig sei.

Die politische Klasse trage Verantwortung dafür, wie über bedrohte Gruppen debattiert werde – so etwa bei der Zuwanderungsdebatte, mahnte Wolfgang Thierse. Nicht hinnehmbar sei es, wenn Ausländer als „Sicherheitsrisiko“ dargestellt werden, betonte Thierse. Er forderte unter anderem als „fundamentalen Beitrag zur Überwindung der menschenfeindlichen Mentalitäten“ erkennbare Bemühungen zur Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt und plädierte dafür, die Studie ins Zentrum der bildungspolitischen Debatte zu stellen. *G.N.* (Die Studie wird im Dezember in der „edition suhrkamp“ als Buch erscheinen.)

Demokratische Initiativen**Erstaunliche Bilanz**

Die Arbeit des seit 20 Jahren bestehenden Zentrums für Antisemitismusforschung findet weltweit Beachtung.

Es begann mit einer Welt von Gewalt, die 1978 über die Bundesrepublik hinweg ging. Das beunruhigte viele Bürger besonders in Berlin. Dort war es Heinz Galinski als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde, der sich an den Präsidenten der Technischen Universität (TU), Rolf Berger, mit der Frage wandte, was gegen diese Tendenz getan werden könne. Beide einigten sich auf den Vorschlag, ein Institut für Antisemitismusforschung zu gründen. Dietrich Stobbe, damals Regierender Bürgermeister von Berlin, regte im selben Jahr in einer Gedenkrede zum 40. Jahrestag des Pogroms vom 9. November an, ein Institut an der TU einzurichten. Im Mai 1979 beschloss das Kuratorium der TU die Gründung eines solchen Zentrums (ZfA) mit zwei Stellen für Hochschullehrer und zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern.

Danach dauerte es bis zum 1. Juni 1982, ehe der Gründungsdirektor seine Tätigkeit aufnahm. Es war Professor Herbert Strauss aus New York. Thema seiner Antrittsvorlesung am 9. November 1982: „Antisemitismusforschung als Wissenschaft“. Berlin war Strauss vertraut. Der 1981 in Würzburg geborene Sohn einer jüdischen Familie hatte von 1939 bis 1942 in Berlin studiert. Dann musste er vor den Nazis fliehen. Von der Schweiz aus zog er 1946 in die USA, von wo er 1982 wieder zurückkehrte. Die von ihm eingeführten „Lerntage“ wurden bald eine feste Einrichtung. Im März 1990 ging Strauss in den Ruhestand. Am 1. November des Jahres wurde Professor Wolfgang Benz vom Institut für Zeitgeschichte in München sein Nachfolger.

Mit Benz beginnt eine Fülle von Tagungen, Kolloquien, Exkursionen und Publikationen. In einem kleinen Heft über die Arbeit des ZfA nehmen die Aktivitäten seit 1991 zehn eng bedruckte Seiten ein. Außerdem werden im ZfA derzeit fast 40 Doktoranden betreut. Mitte der 90er Jahre begann die Untersuchung jüdischen Lebens und der Judenfeindschaft in osteuropäischen Staaten. Das waren bisher Lettland, Litauen, die Slowakei, Polen und Rumänien, meistens verbunden mit Exkursionen zu Stätten des Mordes und der Erinnerung – nach Po-

len und die Ukraine, Theresienstadt, Prag, Nürnberg sowie die Lager Lieberose und Flossenbürg.

Neben der Forschung verfolgt Benz mit seinen Mitarbeitern die allgemeine Entwicklung. „Die Beobachtung aktueller Trends im Bewusstsein und im politischen Verhalten der Deutschen – Antisemitismus, Fremdenfeindschaft, Extremismus – mit empirischen Methoden der Sozialwissenschaft ist ein wichtiger Arbeitsbereich des Zentrums“, schreibt Benz in einem Überblick über die ersten 20 Jahre des ZfA.

1997 begann das Projekt „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“. Gefördert wird diese Forschung durch die Robert Bosch- und die Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung sowie den Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. In einer Datenbank werden Helfer und Retter von Juden durch nichtjüdische Deutsche mit Schwerpunkt Berlin und Umgebung analysiert und dokumentiert. „In der Zukunft soll“, schreibt Benz, „... vor allem die Situation in anderen Städten mit großen jüdischen Gemeinden untersucht werden. Ein wichtiges Ziel des Projekts ist es, eine Grundlage für die Einbeziehung der Rettungsaktionen von Deutschen in die breite Debatte über den Widerstand im Dritten Reich zu schaffen.“

Im Laufe der 20 Jahre ist eine veritable Bibliothek entstanden: 35 000 Bände, 1400 Mikrofilme, Bilderbögen, Plakate und 200 Fachzeitschriften über Judentum, Antisemitismus, Rechtsextremismus und anderes mehr. Mit Wolfgang Benz als Direktor gibt es seit 1992 das „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“, das weltweit Beachtung findet. Im Fischer Taschenbuchverlag betreut Walter Pehle seit elf Jahren die Reihe „Lebensbilder – Jüdische Erinnerungen und Zeugnisse“ – Herausgeber ist Wolfgang Benz. Die „Dachauer Hefte“, die seit 17 Jahren erscheinen, gibt Benz mit der Leiterin der Gedenkstätte Dachau, Barbara Distel, heraus.

Bei dem Festakt zum 20-jährigen Bestehen am 24. Oktober in Berlin sprachen Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, Rita Süssmuth und Romani Rose. Benz schloss seine Begrüßung so: „Der größte Glücksfall für das Zentrum sind seine Mitarbeiter. Ohne das Engagement der Kollegen, ohne deren Hingabe an die gemeinsame Sache, ohne deren Loyalität und Kompetenz würde das Zentrum für Antisemitismusforschung nicht existieren. Den Mitarbeitern gebührt aller Dank und die Gratulation zum 20-jährigen Bestehen.“ *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen**Adressenwerk**

Seit der Vereinigung sind Rechtsextremismus und Rassismus zu einer nicht mehr zu leugnenden Bedrohung für Teile der Bevölkerung geworden. Aber auch die, die bereit sind, Antisemitismus, Rassismus oder dem Hass auf alles Andersartige etwas entgegenzusetzen, haben sich in einem zuvor unbekannten Ausmaß formiert. In Ost wie West, in den Städten wie auf dem Land haben sich Menschen organisiert, die gegen Gewalt, für die Rechte von Flüchtlingen oder schlicht für zivilgesellschaftliche Verhältnisse eintreten. In den vergangenen Jahren, vor allem in den neuen Ländern, hat man sich daher nicht zuletzt der Bildung von Netzwerken gewidmet.

Noch immer aber ist die mangelnde Vernetzung eines der größten Mankos in der Praxis antirassistischer Arbeit. Nun liegt immerhin ein Handbuch vor, das erstmals sämtliche Projekte und Initiativen, die für Toleranz und Gewaltfreiheit, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eintreten, versammelt. Das „Handbuch Antirassismus“, das Alfred Schobert vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) mit den Redakteuren des Berliner Stadtmagazins „zitty“, Mirko Heinemann und Claudia Wahjudi, herausgegeben hat, wählt dabei einen eher weiten Begriff antirassistischer Arbeit: Außer den klassischen Antifa-Initiativen, kirchlichen Anlaufstellen und Flüchtlingsräten sind auch die staatlichen Ausländerbeauftragten sowie Organisationen wie amnesty international und das Forum Menschenrechte gelistet. Auch Online-Archive sowie hilfreiche Publikationen und universitäre Institute sind aufgeführt.

Im Wesentlichen handelt es sich bei dem Handbuch um ein umfangreiches Adressenwerk inklusive kurzer Beschreibungen, nach Bundesländern sortiert. Einzelne Projekte wie Kanak Attak, die Opferperspektive und die Antifa Dresden, werden auch im Porträt vorgestellt. Vorangestellt ist dem Buch ein theoretischer Teil, der der Begriffsklärung von Antisemitismus, Rassismus, Orientalismus und Nationalismus dienen soll.

Jeannette Goddar

Mirko Heinemann, Alfred Schobert, Claudia Wahjudi: „Handbuch Antirassismus, Initiativen gegen Rassismus und Antisemitismus in Deutschland“, Essen 2002, Verlag Kokerei Zollverein, 226 Seiten; ISBN 3-935783-06-X, 15.

Bücherschau**Vernichtet**

„Die Zahl der in Europa bis Kriegsende in Konzentrationslagern und von SS-’Einsatzgruppen’ ermordeten Roma und Sinti wird auf eine halbe Million geschätzt. Von den durch die Nazis erfassten 40 000 deutschen und österreichischen Sinti und Roma wurden über 25 000 ermordet.“ Mit diesem letzten Eintrag, datiert Mai 1945, endet die Chronologie, die den Katalog zur ständigen Ausstellung im Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma – sowie der Wanderausstellung – beschließt. Ausstellung und Katalog stellen den Leidens- und Verfolgungsweg der Sinti und Roma aus einer doppelten Perspektive dar: Dem Blickwinkel der Täter und Mörder, der bürokratischen und gefühllosen Sprache der Dokumente, werden die Opfer als Individuen gegenübergestellt, von denen Fotos und Briefe, Erinnerungen und Augenzeugenberichte der wenigen Überlebenden berichten. Die Fotos, aus einer Zeit, in der fotografische Aufnahmen besonderen Gelegenheiten vorbehalten blieben, sprechen dabei für sich: Groß- und Kleinfamilien, Geschwister, immer wieder Kinder – sie stammen aus allen Schichten, aus städtischen und ländlichen Bereichen und lassen ganz unterschiedliche Lebensläufe ahnen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie alle vernichtet wurden.

Die Entwicklung und Steigerung der NS-Mordpolitik gegenüber den Sinti und Roma wird, von der Rassedoktrin der „Nürnberger Gesetze“ bis zur Vernichtung in Auschwitz-Birkenau, knapp und genau in 24 Abschnitten nachgezeichnet und durch eine Fülle von Zitaten, Fotos und Dokumenten belegt. Dokumentiert wird eindringlich, was der frühere Bundespräsident Roman Herzog am 16. März 1997 bei der Eröffnung des Heidelberger Zentrums gesagt hat: „Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflussbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise von Kleinkind bis zum Greis ermordet.“ *T. Meier-Ewert* „Den Rauch hatten wir täglich vor Augen“, Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma, hrsg. von Romani Rose, 379 Seiten. Bezug: Dokumentations- und Kulturzentrum, Bremeneckgasse 2, 69117 Heidelberg, Tel. 06221-981102, Fax 981177.

Bücherschau**Der „Hungerhaken“**

Über die Rolle von Bremer Seeleuten im Zeichen des Hakenkreuzes hat der junge Historiker Thomas Siemon jetzt eine Studie vorgelegt. Das 600-seitige Buch „Ausbüxen – Vorwärtskommen – Pflicht erfüllen“ erschien in der Schriftenreihe des Staatsarchivs der Freien Hansestadt Bremen. Und es trägt den Untertitel: „Bremer Seeleute am Ende der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus 1930-1939“. Einfach und schnell zu lesen ist das Werk nicht – trotz vielfältiger Illustrationsmittel und einer klaren Gliederung. Wer sich durch den „Schinken“ wälzt, erfährt jedoch Grundlegendes und Spannendes zu dem Thema.

An vielen Seeleuten bissen sich die Nazis – bildlich gesprochen – die Zähne aus. Das steht nach der Lektüre des Buches fest. Das Hakenkreuz war in diesen Kreisen als „Hungerhaken“ bekannt und galt weniger als Symbol eines „Tausendjährigen Reiches“. Thomas Siemon nennt unter anderem dieses Beispiel: Noch im März 1933 kritisierte der Verband deutscher Schiffsingenieure Adolf Hitler scharf. Durch einen Austritt aus dem Allgemeinen freien Angestelltenbund sollte eine Gleichschaltung verhindert werden – ein vergebliches Unterfangen: Im Mai stürmte ein Stoßtrupp der NS-Betriebszellenorganisation (NSBO) die Bremer Verbandsgeschäftsstelle und setzte eine NS-treue Führung ein.

Die meisten Seeleute verzichteten jedoch auf unverhüllte Opposition. Siemon zieht in seinem Buch das Fazit: „Obwohl sich viele Seeleute eines eigenen, kritischen Urteils über die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik wie über die Zerstörung rechtsstaatlicher Ordnung nicht enthielten, leisteten sie weiterhin ‘gute Arbeit’, bemühten sich ums ‘Vorwärtskommen’ und versahen ihre Pflicht...“

Für die Nazis war es eine klare Angelegenheit, dass auch auf See Hitlers Befehl gelten und eine Herzenssache für alle Deutschen sein sollte. Die NSDAP-nahe Zeitschrift „Seefahrt ist not“ formulierte es 1935 so: „Es ist der Wille des Führers, dass der Nationalsozialismus in die letzte Hütte und in das letzte deutsche Schiff eindringt.“

Das gedruckte Wort sollte dabei besonders nützlich sein. Siemon schildert in diesem Zusammenhang Konflikte zwischen dem Norddeutschen Lloyd und

den Nazis. Grundsätzlich wollte auch die bedeutende Reederei, dass die Seeleute „das Richtige“ lesen. Deshalb wurden den Frachtdampfern bereits 1931 Büchereien mitgegeben, „um ... durch sie gleichzeitig auch den unheilvollen Ausflüssen marxistischer Zersetzungspolitik einen gewissen Widerstand zu leisten“. 1934 trat die Kraft-durch-Freude-Abteilung der NSDAP-Auslandsorganisation (AO) auf den Plan. Sie fertigte Bücherlisten an und wollte auf die Zusammenstellung der Bordbibliotheken Einfluss nehmen. Doch beim NDL widersetzte man sich energisch. Auch Krisensitzungen zwischen der NSDAP-AO-Führung und der Unternehmensspitze brachten keine Einigung.

Gegen die Nazi-Propaganda zeigten sich viele Seeleute weitgehend immun. Das Personal auf den Schiffen konnte zu einer Zeit die Welt entdecken, in der das den meisten Deutschen verwehrt blieb und das bedeutete eben auch, dass die Propaganda von Hitler, Goebbels & Co. mit der Wirklichkeit verglichen werden konnte. Außerdem zeigten sich Seeleute häufig toleranter gegenüber Menschen anderer Religion oder Hautfarbe, weil sie es gewohnt waren, mit ihnen zusammen zu arbeiten.

Kurt Thiele nahm im Schiffs-Bereich für die Nazis eine Schlüsselfunktion ein. Der Angestellte des Norddeutschen Lloyd, der bereits 1923 in die NSDAP eingetreten war, avancierte 1929 zum Ortsgruppenleiter in Bremen. Beim Lloyd scheint man schon 1930 gewittert zu haben, dass die Nazis bald eine politische Kraft sein würden, an der kein Weg vorbei führt. Thiele wurde in den Reichstag gewählt, doch vom NDL weiterhin bezahlt. Von diesem doppelten Gehalt gönnte sich der Nazi-Politiker einen besoldeten Mitarbeiter für Partei-Belange – den also letztlich die Reederei bezahlte.

1932 fassten die Nazis die Parteimitglieder auf den deutschen Schiffen in einer „Abteilung Seeschiffahrt“ zusammen, die später der AO einverleibt wurde. Die AO setzte auf jedem Schiff einen „Politischen Leiter“ ein, dem der SA-Führer an Bord unterstand. Das Interesse der Seeleute an einer NSDAP-Zugehörigkeit hielt sich in Grenzen. Am größten war die Resonanz auf den Passagierschiffen. Der Luxusliner „Europa“, der für NDL fuhr, brachte es auf einen Organisationsgrad von fast 100 Prozent und stellte die stärkste NSDAP-Ortsgruppe auf den schwankenden Planken. **Thomas Klaus Siemon, „Ausbüxen – Vorwärtskommen – Pflicht erfüllen“, Selbstverlag des Staatsarchivs Bremen, 600 Seiten, 39 Euro; ISBN 3-925729-32-1.**

Aus der Szene**Konkurrenzdenken****Feindliche Übernahme im braunen Netz?**

Vor wenigen Wochen kündigte Larry Bertolino (Scio/Ohio), Betreiber von „Odinsrage“, dem bis dahin größten kostenlosen Provider für Neonazi-Webseiten, den Zusammenschluss mit dem kommerziellen amerikanischen Provider „White Alliance“ an. Beide sollten fortan als „whiterage“ ihre Dienste anbieten. Vorangegangen waren technische Probleme und Hackerangriffe. Ein Hackerangriff im Oktober setzte „Odinsrage“ und alle dort angemeldeten 660 Webseiten außer Gefecht und führte zur Kooperationsabsprache zwischen Bertolino und Richard Anderson, Kalamazoo/Michigan, der für die Domains „White Alliance“ und „whiterage“ verantwortlich zeichnet.

„White Alliance“ ist ein kommerzieller neonazistischer Anbieter, der mit einem gestaffelten kostenpflichtigen Angebot an Webspeicherplatz und Slogans wie „Internetlösungen ohne ZOG-Zensur“ auftritt (ZOG = „zionist occupied government“). Daneben ist „White Alliance“ / „whiterage“ ein Zugangsprovider zum Internet und stilisiert sich in der Selbstdarstellung zur Community für Neonazis: „White rage wird dort sein, wo weiße Nationalisten ihren täglichen Internetbesuch starten. ... Internetzugang, kommerzielles Seitenhosting, kostenlose Homepages, Foren und ein IRC-Chatnetzwerk, um die Kameradschaft zu teilen“, heißt es auf der Eingangsseite.

Die Allianz der Provider, in deren Verlauf sämtliche Seiten von „Odinsrage“ auf den Server von Anderson transferiert werden sollten, hielt allerdings nur eine Woche. Während von Anderson kommerziell gehostete Webseiten wie „NS 88 Video“, die amerikanische „Blood&Honour“-Division oder „Combat 18“ erreichbar waren, ist „Odinsrage“ mit 139 Seiten erst seit 9. November wieder in Betrieb. Möglicherweise handelt es sich dabei um den Versuch einer „feindlichen Übernahme“ durch Anderson – immerhin bot der schon zuvor an, für 5 Dollar im Jahr die zehnfache Speicherkapazität dessen anzumieten, was Bertolino kostenlos zur Verfügung stellte. Je länger der Ausfall von „Odinsrage“ dauert, desto größer werden die Chancen für einen potenziellen Konkurrenten, diesen „Kundenstamm“ zu übernehmen. *Rudolf Kleinschmidt*

Aus der Szene**Aktive Nazi-Ikone****Für ein „geheimes Deutsches Reich“**

Am 14. November begeht die Niederländerin Florentine Rost van Tonningen ihren 88. Geburtstag. Die in rechtsextremen Kreisen weltweit bekannte NS-Ikone ist die Witwe des einstigen Nazi-Kollaborateurs Meinoud Marinus Rost van Tonningen, der von 1937 bis 1941 als Abgeordneter der niederländischen Nationalsozialistischen Bewegung (NSB), später als Präsident der Zentralbank und Sturmführer der Waffen-SS wirkte. Im Juni 1945 verübte er im Gefängnis von Scheveningen Selbstmord. Trauzeugen bei der Hochzeit der Tonningens 1940 war Reichsführer SS Heinrich Himmler.

Bis zur Jahrtausendwende residierte Florentine Rost van Tonningen in einer Villa im niederländischen Velp, die eine Anlaufstelle für Alt- und Neonazis aus aller Welt darstellte. 1998 warf der in Kanada lebende Holocaust-Leugner Ernst Zündel seiner Gesinnungskameradin vor, „charakterlich nicht sauber“ zu sein und forderte ein von ihm auf zehn Jahre gewährtes zinsloses Darlehen zurück. Die Folge war, dass Tonningen die Villa in den Niederlanden verlassen musste und ins belgische Waasmunster zog.

Von dort aus wird nun das gleichnamige Blättchen ihrer Organisation „Consortium ‘De Levensboom’“ (Bankverbindung bei der Postbank Essen) verschickt. Motto: „Wir sind nicht die Letzten von gestern, doch die Ersten von morgen!“ In den Richtlinien von „Consortium ‘De Levensboom’“ heißt es: „Unsere Weltanschauung stützt sich auf den Instinkt und das Bewusstsein der kollektiven Selbsterhaltung der Menschen, denn diese sind ewig und unveränderlich. Hieraus entsteht die Vaterlandsliebe und das Rassenbewusstsein.“ In der aktuellen Ausgabe des Blattes erfährt man, dass das „geheime Deutsche Reich“ dank der reichsdeutschen Waffentechnik bald die „Wende“ schaffen werde: „Dann geht es mit Lumpen und Verrätern zu Ende“.

Beliebt ist Rost van Tonningen auch bei deutschen Kameraden. So nahm sie bis vor wenigen Jahren noch an Veranstaltungen der NPD sowie der Kna-storganisation HNG teil. Anwesend war sie ebenso schon bei Tagungen des holocaustleugnenden „Institute for Historical Review“ in den USA. *A.M.*

Meldungen

Inland

■ **Bad Pyrmont** – Der Bund Junges Ostpreußen (BJO), die neue Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen, führt vom 22. bis 24. November in Bad Pyrmont ein „Politisches Herbstseminar“ zum Thema „Europäisierung, Globalisierung und Werteverlust. Fragen zur deutschen Nation“ durch. Als Referenten sind neben dem CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann auch Personen aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum geladen; darunter: Michael Vogt (Autor des Hohenrain-Verlages), Michael Paulwitz (Referent bei der Gesellschaft für freie Publizistik), Ralf Küttelwesch (einst stellvertretender Bundesführer des „Sturmvolg“) und Reinhard Uhle-Wettler (Autor in der revisionistischen Schrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“).

■ **Berlin** – Das Landgericht Berlin hat den V-Mann Toni Stadler am 11. November wegen Volksverhetzung und anderer Delikte zu einer Haftstrafe von zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Stadler wurde unter anderem vorgeworfen, an Herstellung und Vertrieb der CD „Noten des Hasses“ der militanten Neonazigruppe „White Aryan Rebels“ mitgewirkt zu haben. Er war den Berliner Sicherheitsbehörden im Sommer bei einer Razzia bei der „Weißen Arischen Bruderschaft“ ins Netz gegangen und saß seitdem in Untersuchungshaft. Der Vorsitzende Richter, Hans-Jürgen Brüning, kritisierte in der Urteilsbegründung indirekt auch den brandenburgischen Verfassungsschutz.

■ **Berlin** – Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde auf „Veranlassung der westlichen Besatzungsmächte“ von „handverlesenen deutschen Kollaborateuren ‘beraten’ und verabschiedet“, meint Horst Mahler in einem Briefwechsel mit Andreas Karl, vormals NPD-Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt. Weiter gibt Mahler kund, dass er „nie parlamentarische Illusionen hatte“, da eine „legalistische – auf das Völker- und Staatsrecht gestützte – Argumentation“ ihm „fremd“ sei. Ein Machtwechsel könne nur gelingen, wenn „wesentliche Teile der Elite eines Volkes“ aus dem „kollektiven Bewusstsein“ aussteigen. Mahler zeigt sich optimistisch: „Wir erleben den Anfang dieser Entwicklung in unseren Tagen. Die Durchsetzung einer kritischen Haltung gegenüber dem Judentum hat hier strategische Bedeutung.“

■ **Chemnitz** – Am 16. November soll im Raum Chemnitz die „Götterdämmerung IV“ mit den rechten Neofolkbands „Ostara“, „Allerseelen“ und „Neun Welten“ über die Bühne gehen. Gewohnt konspirativ gibt sich der Veranstalter (LAS – die Dresdner Kulturavantgarde), was den genauen Veranstaltungsort anbelangt. Der soll erst am Konzerttag auf den einschlägigen Seiten wie ironflame.de oder las-kultur.de (Domaininhaber: Ronny Scheiding/Dresden) im Internet bekanntgegeben werden. Die Vorbereitungen für die „Götterdämmerung V“ sind währenddessen bereits am Laufen: am 27. Dezember erwarten die Veranstalter „Les Joyaux de la Princesse“, „Inade“ und „Predominance“. Hier wird der geplante Veranstaltungsort, das Marbacher Gasthaus „Zum Goldenen Anker“, ausnahmsweise genannt. Dabei handelt es sich um vertrautes Terrain für derlei Vorhaben: im März gab „Der Blutharsch“ dort bereits ein Konzert.

■ **Deggendorf** – Rolf Schlierer, Bundesvorsitzender der Republikaner seit Ende 1994, wurde auf dem REP-Bundesparteitag am 2./3. November in Deggendorf im Amt bestätigt. 187 von 262 der Delegierten stimmten für Schlierer, der ohne Gegenkandidaten angetreten war. Wieder gewählt wurden auch drei der bisherigen fünf Stellvertreter: die Landesvorsitzenden Uschi Winkelsett (Nordrhein-Westfalen), Johann Gärtner (Bayern) und Haymo Hoch (Hessen). Neu hinzugekommen in die Riege der REP-Bundesvize ist der Rechtsanwalt Björn Clemens, der bislang dem Vorstand als Beisitzer angehörte.

■ **Gaußig** – Die Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG-Mitteldeutschland) führte am 13. Oktober in Gaußig in der Lausitz eine Herbstveranstaltung durch. Hauptredner der Veranstaltung, bei der nach Eigengaben gegen 300 Personen anwesend waren, war der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub, Vordenker der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer (PNOS). Schaub plädierte unter anderem für „Auswanderungsgesetze für fremde Menschen“ und das „Verbot geheimer Logen“. Den musikalischen Rahmen stellte der wegen Volksverhetzung verurteilte NPD-Liederbarde Frank Rennie. Die BDVG wurde 1999 als Abspaltung der Jungen Nationaldemokraten gegründet. Schaub und Rennie hatten bereits am 21. April 2001 beim BDVG-Süd eine gemeinsame Veranstaltung absolviert.

■ **Gevelsberg** – Der Neonazi-Devotionalienhändler Marcel Ingnoli macht trotz des Boykottaufrufs

rufs gegen ihn munter weiter. So vertreibt er CDs von „Landser“ oder „Skrewdriver“, Basecapes mit „KuKluxKlan“-Aufschrift oder Aufstecker mit dem Symbol „88“ nicht nur über seinen weithin in Szene-Kreisen diskreditierten Vertrieb „Ohrwurm Records“ (Hasslingshausen und Sprockhövel), sondern über seinen neuen Versand „Attacke Warenhandel“ im nordrhein-westfälischen Gevelsberg. Als Logo trägt „Attacke“ die Triskele, das Zeichen der rechtsterroristischen „Afrikanischen Widerstandsbewegung“ (AWB). Der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Ingnoli soll, so der „Nationale Widerstand“, bereits im Jahr 2000 Informationen zum Erscheinen einer „Landser“-CD an die Polizei verraten haben. Ebenso habe er den Behörden die „Landser“-Vertriebswege offenbart. Am 14. Juni 2000 waren bei einer bundesweiten Durchsuchungsaktion rund 100 Kunden und Geschäftspartner von „Ohrwurm Records“ von der Polizei aufgesucht worden.

■ **München** – Im FZ-Verlag von Gerhard Frey ist ein Werk mit dem Titel „Antisemitismus? – Die Wahrheit über Michel Friedman“ erschienen. Verfasser des Pamphlets ist der „National-Zeitungs“-Redakteur Sven Eggers. „Wer ist Michel Friedman wirklich?“, heißt es dazu in der „National-Zeitung“: „Sind seine verbalen Angriffe gegen Deutschland als das ‘Land der Täter’ nur eine Form der Selbstdarstellung oder schadet er mit seinen Auftritten, noch dazu als Amtsinhaber zahlreicher wichtiger Funktionen, deutschen Interessen“, hetzt das Frey-Blatt. Zu beziehen ist der 160-seitige Band „mit zahlreichen Abbildungen“ für 12,90 Euro beim hauseigenen Deutschen Buchdienst.

■ **Pforzheim** – Die Mitglieder des „Freundeskreis – Ein Herz für Deutschland“ dürfen als „Rechtsterroristen“ bezeichnet werden. Das hat das Amtsgericht Pforzheim entschieden. Der Herausgeber der Publikation „Freies Wort Pforzheim“, Silvio Corvaglia, hatte den SPD-Stadtrat und DGB-Bezirksleiter Jürgen Schroth wegen Beleidigung angezeigt, weil der in Zusammenhang mit einem Fackelmarsch von „Rechtsterroristen“ gesprochen hatte. Das Gericht sprach den Lokalpolitiker allerdings frei, auch wenn die Bezeichnung „nicht ganz zutreffend“ sei.

■ **Suhl** – Das Nationale und Soziale Aktionsbündnis Westthüringen (NSAW) mobilisiert für eine große Saalveranstaltung von Freien Nationalisten am 16. November im Raum Suhl. Als Redner sollen Gerd Ittner (Ex-DVU-Bundestagskandidat),

Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragter der Nürnberger Bürgerinitiative Ausländerstopp, Ottmar Wallner, ehemals Bundesvize der Republikaner, und Paul Latussek, Ex-Landesvorsitzender des Bund der Vertriebenen (BdV) in Thüringen, referieren. Weiterhin werden die Szene-Liedermacher Michael Müller (O-Ton Müller: „Mit 6 Millionen Juden, da fängt der Spaß erst an, bis 6 Millionen Juden, da ist der Ofen an ... wir haben reichlich Zyklon B...“) und der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Veit Kelterborn aufspielen.

■ **Tübingen** – Auf Veranlassung der Tübinger Staatsanwaltschaft fand beim revisionistischen Grabert-Verlag eine Hausdurchsuchung statt. Beschlagnahmt wurden die Restexemplare des von Gerhard Schirmer (Lauf-Aubach) verfassten, 1992 im Grabert-Verlag erschienenen und vertriebenen Buches „Sachsenhausen-Workuta. Zehn Jahre in den Fängen der Sowjets“. Die Staatsanwaltschaft führt an, dass sich Schirmer unter anderem „mit dem von den nationalsozialistischen Machthabern im Dritten Reich begangenen Völkermord an den Juden befasst und in einigen Passagen den Anschein erweckt, dass das Ausmaß der gezielten, systematischen und planmäßigen Vernichtung der Juden weit geringer als tatsächlich geschehen und zudem die Inhaftierung von Juden völkerrechtlich gerechtfertigt war.“ Schirmer, im Dritten Reich Fallschirmjägerkommandant und Träger des Ritterkreuzes, später Bundeswehroberst, hat den „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung. Der Völkermord am Deutschen Volk“ unterzeichnet. Bekannt ist Schirmer, ehemals Mitglied der DVU-Liste D, als einer von „37 ungehörten Zeugen wider die Gaskammer“ in dem Machwerk „Freispruch für Hitler“ des Holocaust-Leugners Gerd Honsik. Gegen den Geschäftsführer des Verlages, Wigbert Grabert, ermittelt die Staatsanwaltschaft nun auch wegen Volksverhetzung.

■ **Tutzing** – Die „Starnberger SZ“ veröffentlichte am 5. November einen Leserbrief von Gerhard Fuchs, dem stellvertretenden Vorsitzenden des rechtsextremen Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. (BFG) mit Sitz in Tutzing/Oberbayern. „Inwiefern nach den Erkenntnissen Mathilde Ludendorffs Rassenmischungen ungünstige Auswirkungen auf die seelischen Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen haben, das ist eine ernste und schwierige Frage“, schwadroniert Fuchs. Der Brief war eine Reaktion auf ein Interview mit Wolfgang Behnk, Sektenbeauftragter der Evangelischen Kirche in Bayern. „Wir vertreten weder eine ‘Ideolo-

gie', noch sind wir eine 'esoterische oder sektiererische Formation'", wehrt sich Fuchs gegen die Anwürfe Behnks. „Unsere Weltanschauung lehnt es im Gegensatz zu manchen Glaubensgemeinschaften ab, andere Menschen zu missionieren.“

■ **Vlotho** – Im aktuellen Herbstangebot des Verlags für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung in Vlotho finden sich neben Büchern von Altnazis wie Willi Krämer oder Wilfried von Oven weiterhin ältere Ausgaben der Schriftenreihe „Historische Tatsachen“. Der revisionistische Verlag war 1963 von Udo Walendy (Jg. 1927) gegründet worden. Walendy, früherer NPD-Landeschef in Nordrhein-Westfalen und Ex-NPD-Bundesvorstandsmitglied, wurde zwei Mal wegen Volksverhetzung zu einer Haftstrafe verurteilt. Die „Historischen Tatsachen“ erschienen bis 1996 in Walendys Verlag, anschließend übernahm die holocaustleugnende Stiftung „Vrij Historisch Onderzoek“ (VHO; Antwerpen, Berchem) unter Herbert Verbeke die Fortführung der Schriftenreihe. Für die im Oktober dieses Jahres erschienene Ausgabe mit dem Titel „Ausländer im Dritten Reich“ zeichnet Herbert Verbekes Bruder Siegfried verantwortlich. Verschiedet wurden die „Historischen Tatsachen“ per Brieffrachtzentrum in der Bundesrepublik.

Ausland

■ **Österreich (Wien)** – Der FPÖ-Politiker Bernhard Blochberger (Jg. 1956), Bezirksvorsitzender in Wiener Neustadt (Land) und Gemeinderat in Kirchschlag, Niederösterreich, ist Interviewpartner der rechtsextremen „National-Zeitung“ (1. November 2002), dem Sprachrohr der DVU. Blochberger, einst Kader der zwischenzeitlich verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NDP) und der ausländerfeindlichen NDP-Tarnliste „Ein Herz für Inländer“, attackiert in der „National-Zeitung“ die bisherigen FPÖ-Parteigrößen Riess-Passer, Grasser und Sichrovsky, denen er eine „fragwürdige Haltung“ zur österreichischen Befreiung im Jahr 1945 vorwirft. Nach Blochbergers Auffassung wurde Österreich erst 1955 frei. Ferner beklagt Blochberger, dass versucht werde, zwischen „Deutschland und Österreich tiefe Gräben aufzureißen“, womit eine „geschwächte deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft“ angestrebt werde.

■ **USA (Tampa/Florida)** – David Dukes European-American Unity and Rights Organization (kurz: EURO) fungierte am 25. Oktober als Veranstalter für einen Auftritt des deutsch-kanadischen Holo-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 23/2002 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

caust-Leugners Ernst Zündel in Tampa, Florida. Angekündigt als „The Revisionist Dynamo“ wird Zündel beschrieben als der Mann, der mehr als jeder andere auf der Erde die „Holocaust-Lüge“ zu einem Mainstream-Thema gemacht habe. Als Kontaktperson ist EURO National Director Vincent Breeding genannt. Nach seiner Heirat mit Ingrid Rimland 2001 lebt Zündel unbehelligt von den kanadischen Behörden in Tennessee. Von dort aus stellt vor allem Rimland weiterhin ihre täglichen „Z-Grams“ ins Internet, die sich mit der angeblichen jüdischen Allmacht, antisemitischen und antisraelischen Konspirationstheorien und verbalen Attacken gegen die US-Regierung beschäftigen.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.